Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 42 (1986)
Heft: 2

Artikel: Was Österreichs Frauen sauer aufstösst
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845029

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dass Marie Heim-Vögtlin bei alledem nicht von der sanften Art sein konnte, scheint uns heute klar. Für ihre unmittelbare Umgebung war ihr autoritärer Charakter gelegentlich ein Problem - ihre Kinder bedachten sie mit dem mehrdeutigen Spitznamen "Jungfer Vögtlin".

Ihrem energischen Einsatz verdanken wir viel. Wie weit der Weg zur Gleichberechtigung auch noch an ihrem Lebensende war, zeigt ein Briefausschnitt, in dem sie mit ihrem Sohn, der damals im Ausland weilte, die Grösse eines Patengeschenkes erörterte: "Du sollst doch bitte ein Sparbüchlein anlegen. Altmodischerweise würde man sagen: für einen Bub 100, für ein Mädchen 50! Aber gell, das gilt nicht mehr heutigentags!"

Neue Mitglieder willkommen

Anmeldungen für den Verein Aktiver Staatsbürgerinnen bitte an Justine Tanner, Weinbergstrasse 85, 8006 Zürich.

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Was Österreichs Frauen sauer aufstösst

(mtl) Ungleichheitsproblem Nummer eins ist für Österreichs Frauen der ungleiche Lohn für gleichwertige Arbeit, dicht gefolgt von der Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche und der allein zu tragenden Arbeitslast im Haushalt. Nur halb so schlimm empfinden die Österreicherinnen die fehlende politische Vertretung.

Die österreichische Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal wollte es endlich genau wissen. Sie beauftragte das IFES (Institut für empirische Sozialforschung), das der SPÖ nahesteht und eines der zwei grossen Meinungsforschungsinstitute des Landes ist, mit einer Untersuchung repräsentativer Art. Was herauskam, mag die Politikerinnen enttäuschen im Lande, da man gerade die Quotenregelung zur Sicherung einer besseren politischen Präsenz der Frauen diskutiert: Die fehlende politische Vertretung durch Frauen ist für 22% der Österreicherinnen überhaupt kein Problem, die Hälfte gibt zu, dass dies "ein gewisses Problem" sein dürfte, und nur 26% finden, dies sei ein "schwerwiegendes Problem". Zum Vergleich: Es heisst, dass in den Parteien - wie auch bei uns - die Frauen kaum je die 20-%-Grenze erreichen, und - die sexuelle Belästigung empfinden fast ebenso viele der Damen in Wien, Salzburg oder im Tirol als "sehr schwerwiegendes Problem".

Was als schwerwiegend empfunden wird von 68% der Österreicherinnen und als ein gewisses Problem von weiteren 26%, ist die ungleiche Bezahlung. Nur gerade 6% sind mit der Bezahlung zufrieden. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass das niedrigere Lohnniveau Österreichs dazu führt, dass mehr Frauen als hierzulande einer Berufsarbeit nachgehen (müssen).

Das nächst schwerwiegende Problem, worunter 64% stärker, 30% weniger stark leiden, ist die Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche. Die aber ist bedingt durch die "Gefahr", dass Frauen Kinder bekommen und nach österreichischem Recht dann für zwei Jahre von der Arbeit dispensiert werden, während ihr Arbeitsplatz gesichert bleiben muss. Auf diese Probleme wurde auch bei uns im Zusammenhang mit der Mutterschaftsversicherung aufmerksam gemacht. In Österreich hat sich nun der Beweis (bei einer allerdings weitergehenden "Sicherung" der Mütter) ergeben, dass solche Diskriminierungen als gegenteiliger Effekt des Mutterschutzes auftreten.

Dass die ungleiche Verteilung der Hausarbeit für 51% der Frauen ein schwerwiegendes, für weitere 35% immer noch ein Problem und nur für 12% kein Problem ist, hat mit der Doppelbelastung der berufstätigen Hausfrauen zu tun. Sie sehen das geringe Engagement ihres Göttergatten bei Hausarbeit und Kindererziehung als unerträgliche Belastung an, und von den 16- bis 29jährigen Österreicherinnen finden 93%, auf diesem Sektor müsse so rasch als möglich etwas geschehen.

Politik weniger hautnah

Im Vergleich mit diesen alltäglich bei der Hausarbeits-Überlastung oder Ende Monat in der Zahltagstüte erlebten Problemen, ist Politik für die Österreicherinnen etwas Zweitrangiges. Zwar ist gegenüber 1969 ein gewisser Fortschritt festzustellen: damals erklärten 26% der Frauen, Politik sei "der unwichtigste Teil in ihrem Leben", heute beträgt die Schar der Polit-Abstinentinnen nur noch 16%. Vor allem die Österreicherinnen ohne höheres Bildungsniveau scheinen politisch fast gefährlich naiv: 57% glauben, man sollte die Politik ruhig "den guten Leuten an der Spitze überlassen" (aber nur 16% der Frauen mit Matura denken so). Dies in einem Lande, wo viel stärker als bei uns die jeweilige Gegenpartei, vor allem aber die herrschende SPÖ/Gewerkschaft kritisiert wird. 72% haben resigniert, finden, "der kleine Staatsbürger kann in der Politik ohnehin nichts machen".

Die Quotenregelung, d.h. die Bestimmung, dass 25% aller SPÖ-Mandate an die Frauen gehen, ist die logische Folge der geäusserten Frauenwünsche an die Regierung, als da sind: gleicher Lohn, Ende der Arbeitsplatzdiskriminierung, mehr Unterstützung in Familienfragen (Kindergärten usw.) und vor allem ein besseres Scheidungsrecht. Aber die Frauen vertrauen offenbar mehrheitlich immer noch darauf, dass die Herren der Schöpfung ihnen auch ohne politischen Druck ihre Wünsche erfüllen.